

**Landtagsabgeordneter Patrik Fazekas, BA**

An die  
Präsidentin des Burgenländischen Landtages  
Frau Verena Dunst  
Landhaus  
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 27. September 2022

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Gemäß § 29 GeOLT stelle ich Frau Landesrätin **Mag. (FH) Daniela Winkler** als zuständiges Ressortmitglied der Burgenländischen Landesregierung folgende

### **schriftliche Anfrage**

Sehr geehrte Frau Landesrätin!

Im März dieses Jahres hat das Land Flüchtlinge aus der Ukraine mit Bussen in das Burgenland gebracht. Im Rahmen dieses Vorhabens wurden Burgenländerinnen und Burgenländer aufgerufen, Quartiere zur Verfügung zu stellen. Laut Ressorteinteilung sind Sie unter anderem für das Asyl- und Flüchtlingswesen und die Grundversorgung zuständig.

Dazu stelle ich folgende Fragen:

1. Gab es im Vorfeld der Aktion Gespräche, an denen Sie als zuständige Referentin teilgenommen haben?
  - a. Wenn ja, wann?
  - b. Wenn ja, mit wem?
  - c. Wenn ja, mit welchem Ziel?
2. Wer hat diese Aktion organisiert?

3. Welche weiteren Vorkehrungen wurden im Rahmen dieser Aktion getroffen?
4. Viele private Quartiergeber haben über fehlende Unterstützung bei der weiteren Versorgung der Flüchtlinge geklagt. Damit die Flüchtlinge zum Beispiel Behördenwege oder Arztwege wahrnehmen konnten, mussten die Quartiergeber einspringen und die Organisation der Termine, Fahrten sowie Begleitung übernehmen. Sind Ihnen diese Probleme als zuständige Referentin bekannt?
  - a. Wenn ja, was haben Sie unternommen, um die Probleme rasch zu lösen?
5. Welche konkreten Vorkehrungen wurden seitens des Landes getroffen, um Flüchtlinge zu unterstützen und Quartiergeber mit diesen Aufgaben nicht zu belasten?
6. Im „Standard“ wurde über einen Fall berichtet, wo sich die Quartiergeberin um alle Bedürfnisse der Familie kümmern musste, angefangen von der medizinischen Hilfe für den schwer erkrankten Vater, den Antrag der Grundversorgung, Einholung von Informationen zur Familie, fehlende Ausrüstung wie Handys wegen Corona-Testergebnissen (für Besuch des Vaters im Spital), Einschreibung Volksschule, etc. Ist Ihnen dieser Fall bekannt?
  - a. Wenn ja, was haben Sie hier konkret unternommen?
  - b. Wieso gab es keine entsprechende Unterstützung seitens des Landes?
7. Gab es in allen Bezirkshauptmannschaften Sprechtag für ukrainische Flüchtlinge?
  - a. Wenn ja, wie wurden die Flüchtlinge darüber informiert?
  - b. Wenn ja, wurde ein Shuttledienst für diese Termine angeboten?
8. Welche konkreten Vorkehrungen wurden getroffen, damit die Flüchtlinge notwendige Behördenwege erledigen können?
  - a. Wie wurden die Flüchtlinge über diese Angebote informiert?
  - b. Gab es einen Shuttledienst zu den Behördenstellen?
    - i. Wenn ja, wie war dieser konkret organisiert?
    - ii. Wenn nein, wieso nicht?
  - c. Gab es einen Dolmetscher für die Flüchtlinge für die Behördentermine?
    - i. Wenn ja, wie wurde das konkret organisiert?
    - ii. Wenn nein, wieso nicht?

9. Wurden seitens des Landes Mitarbeiter für die Unterstützung der Flüchtlinge bei Behördenwegen, Arztwegen und weiteren Fragen zur Verfügung gestellt?
  - a. Wenn ja, wie viele?
  - b. Wenn ja, wurden die Flüchtlinge den Mitarbeitern zur Betreuung zugeteilt?
  - c. Wenn ja, haben diese Mitarbeiter die Flüchtlinge informiert, dass sie für ihre Anliegen da sind?
  - d. Wenn ja, wie viele Flüchtlinge hatte ein Mitarbeiter zu betreuen?
  - e. Wenn ja, wieso war es bei vielen Quartiergebern notwendig, dass sie sich um die Flüchtlinge kümmern mussten und viele Wege mit ihnen zu erledigen hatten?
10. Es wurden vom Land auch Deutschkurse für Flüchtlinge angekündigt. Wie viele Deutschkurse wurden bis dato durchgeführt?
  - a. Wer hat die Kurse abgehalten?
  - b. Zu welchen Konditionen war die Teilnahme möglich?
  - c. Wann haben diese Deutschkurse gestartet?
  - d. In welcher Form wurden Flüchtlinge über die Deutschkurse informiert?
  - e. Wie viele Flüchtlinge haben daran teilgenommen?
11. Welche konkreten Informationen gab es für die privaten Quartiergeber im Vorfeld darüber, was auf sie zukommt und welche Aufgaben sie zu erfüllen haben?
12. In welcher Form wurden Quartiergeber und Flüchtlinge vom Land über die weitere Unterstützung informiert?
13. Wie hoch ist die finanzielle Unterstützung seitens des Landes für die privaten Quartiergeber?
14. Wie hoch ist die finanzielle Unterstützung seitens des Landes für die Unterbringung für öffentliche Einrichtungen?
15. Laut Onlineartikel auf [kleinezeitung.at](http://kleinezeitung.at) am 1. März 2022 ist folgende Aussage von Landeshauptmann Doskozil zu lesen: „Man merkt schon, dass Menschen kommen, aber die Situation ist eine ganz andere, als bei der Flüchtlingskrise 2015 ... Ich rechne nicht damit, dass die Situation an der Grenze so sein wird wie damals.“ In einem Interview mit der BVZ (KW 37/2022) spricht Landeshauptmann Doskozil davon, dass „es ärger wird als 2015.“ Hat die Landesregierung mit Ihnen als Mitglied im März 2022 die Lage unterschätzt?

16. Laut Artikel auf Vienna.at vom 30.8.2022 kann die SPÖ-Bundesvorsitzende Rendi-Wagner „eine Überlastung des Asylsystems derzeit nicht erkennen.“  
Wie beurteilen Sie diese Einschätzung, die im Widerspruch zur Aussage des Landeshauptmannes steht?
17. Welche Schlüsse haben Sie aus diesen Aussagen für die Asylpolitik des Landes gezogen und welche weiteren Entscheidungen haben Sie folglich getroffen?
18. Wie bewerten Sie die aktuelle Flüchtlingssituation und welche Vorkehrungen werden Sie als zuständige Referentin treffen?

